

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2010-03-09

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter: CDU/FDP-Fraktion  
Telefon:

**Antrag  
Drucksache Nr.**

00364/2010

**öffentlich**

## Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

## Betreff

Straßenbenennungen in Neubaugebieten

## Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, der Stadtvertretung Vorschläge für Straßenbenennungen für das nächste Neubaugebiet vorzulegen, die die namentlich bekannten Schweriner Opfer sowjetischer Unrechtsjustiz nach dem Ende des 2. Weltkrieges berücksichtigen.

## Begründung

Nach dem Ende des Krieges wurden auch in Schwerin bis 1955 durch die sowjetische Besatzungsmacht Todesurteile verhängt und vollstreckt. Oftmals hatten diese Urteile keine rechtsstaatliche Grundlage, sondern sie wurden auch „mit Terror und Willkür“ durchgesetzt, um einen Staat nach stalinistischem Vorbild zu schaffen (SVZ vom 29. Dezember 2009). Seit 1991 hat die russische Justiz eine Reihe dieser Unrechtsurteile wieder aufgehoben.

Mit den Straßenbenennungen soll an diese Opfer des sowjetischen Besatzungsregimes erinnert und für das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung motiviert werden.

## über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

## Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

**Anlagen:**

keine

gez. Sebastian Ehlers  
Fraktionsvorsitzender